

## Klaus Wettig

### 60 Jahre demokratischer Neubeginn in Göttingen

Wo die SPD vor 1933 schwach gewesen war, war sie in den zwölf Jahren des Nationalsozialismus noch schwächer geworden. Unterdrückung und Verfolgung hatten ihre Parteiorganisation an allen Orten ausgelöscht: Die Partei war verboten, ihre Wiedergründung unter Strafe gestellt, ihr Eigentum enteignet; ihre wichtigsten Repräsentanten – Abgeordnete, lokale Vorsitzende, Ratsmitglieder – in einem beachtlichen Umfang verhaftet und in schnell eingerichtete Konzentrationslager eingeliefert. Wer der Verhaftung entgangen war, sah sich vielerorts – am Arbeitsplatz, im Wohnviertel - einem subtilen Terror der NS-Sympathisanten ausgesetzt. So war es auch in Göttingen.

Parteihaus und Parteizeitung waren besetzt und wurden von der NSDAP genutzt. Bekannte SPD-Politiker wie ihr Parteisekretär Richard Borowski, ihr letzter Reichstagsabgeordneter Richard Schiller, der Volksblatt-Redakteur Ernst Fahlbusch, der Gewerkschaftssekretär Franz Arnholdt saßen im Konzentrationslager Moringen in *Schutzhaft*, wie es beschönigend hieß. Denn die Vertreter der *Systemzeit*, wie die Weimarer Republik denunziert wurde, sollten vor dem Volkszorn der *nationalen Revolution*, wie die Nationalsozialisten die Machtübernahme bezeichneten, geschützt werden.

Da der SPD-Parteivorstand jeden Versuch, sich auf eine erwartete Illegalität vorzubereiten, unterbunden hatte, war an vielen Orten nichts zur Vorbereitung auf die Illegalität geschehen. Die immer noch sehr starke SPD-Organisation war vielerorts hilflos dem NS-Terror ausgeliefert. So auch in Göttingen.

Nun verschwindet eine mitgliederstarke Partei nicht gleichsam über Nacht, eine Gesinnungsgemeinschaft hält auch ohne Versammlungen, Parteizeitung und Parteibüro weiterhin zusammen. Am Arbeitsplatz, in den Wohnquartieren, auch in manchen Vereinen blieben Gesprächskontakte weiterhin bestehen. Man wusste, wer man war, wozu man politisch gehörte und wem zu vertrauen war. Selbstverständlich gab es auch Orte, wo der sozialdemokratische Zusammenhang deutlicher erhalten blieb. Wo es heimliche Treffen gab, wo Nachrichten umfassender ausgetauscht werden konnten, der Widerstand gegen die Nazis sogar mit Flugblättern und Graffitis öffentlich gezeigt wurde. Diesen Zusammenhalt gab es bei den Göttinger Sozialdemokraten aber nicht. Wenn wir den gesamten Unterbezirk betrachten, dann waren dazu Sozialdemokraten nur in Grone und Weende sowie in Hann. Münden in der Lage. Die gegen die Nazis abgeschottete sozialdemokratische Gemeinde in Grone hatte sich zum letzten Mal bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 öffentlich geäußert, als Grone mit Harlingerode am Harz, Bad Salzdetfurth und Stadtoldendorf zu den vier Gemeinden des großen Reichstagswahlkreises Südhannover-Braunschweig gehörte, in denen die NSDAP nur an zweiter Stelle lag. Ein Ehrenplatz gebührt Grone dafür in der Geschichte des Kampfes gegen den Nationalsozialismus.

Am intensivsten scheint der sozialdemokratische Zusammenhalt noch in den Betrieben gewesen zu sein: Bei Feinprüf, bei Winkel, später Zeiss-Winkel, und bei Alcan. Bei Alcan arbeiteten, nachdem der Verfolgungsdruck Mitte der Dreißiger Jahre etwas nachgelassen hatte, die Sozialdemokraten Franz Arnholdt, Ernst Fahlbusch und Paul Vogel, die mit den als zuverlässig geltenden SPD-

Anhängern eine Schutz- und Hilfgemeinschaft bildeten. Geduldet vom Betriebsdirektor Schmidt, der an die Interessen der kanadischen Eigentümer dachte und die Nazis auf Distanz hielt.

Längeren Bestand als politische Gruppe hatte der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK), über den noch zu sprechen sein wird, weil er sich auf die Illegalität vorbereitet hatte, und weil er wegen seiner geringen Größe zunächst nicht ins Visier der Gestapo geriet. 1936 wurde die ISK-Gruppe in Göttingen wie an anderen Orten des Reiches jedoch auch zerschlagen und viele ihrer Mitglieder, darunter auch Heinrich Düker zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt; wegen Hochverrats. Nach der verbüßten Haft fanden sie als Gruppe wieder zusammen, beschränkten sich jedoch auf gegenseitige Information und Hilfe. Ob sie den Kontakt mit ihrer Auslandsleitung, die in Paris und dann in London saß, aufrechterhalten konnten, ist nicht gesichert. Auch die ISK-Kuriere, die unter großen Gefahren nach Deutschland kamen und 1944 über dem Deutschen Reich mit Fallschirmen absprangen, scheinen Göttingen nicht angesteuert zu haben.

Die Zerschlagung der demokratischen Parteien, die Einengung des Spielraums früherer Mitglieder war nach wenigen Jahren vollständig vom NS-Regime durchgesetzt, so dass nur an wenigen Orten ein Zusammenhalt erhalten blieb, der über die Schutz- und Hilfgemeinschaft hinaus reichte. Der Terror hatte viele der vor 1933 aktiven Politiker der politischen Arbeit entzogen: sie waren in Zuchthäusern und Konzentrationslagern weggesperrt, einige waren inzwischen ermordet und gar nicht wenige aus Deutschland geflohen. Da die Rasterfahndung noch nicht erfunden war, entzogen sich vor allem jüngere Mitglieder ohne Familie den ständigen Verfolgungsmaßnahmen durch Ortswechsel, damit verschwanden sie aus den Verfolgungslisten der Gestapo. Und schließlich sorgte der Zweite Weltkrieg dafür, dass einst aktive, jüngere Mitglieder durch den Kriegstod für eine zukünftige Arbeit ausfielen.

Verbürgt ist, dass nach der Landung der Alliierten 1944 in der Normandie einige Göttinger Sozialdemokraten sich regelmäßig trafen, um über die zu treffenden Maßnahmen nach dem Ende des Dritten Reiches zu reden: auf Parkbänken und bei Waldspaziergängen fanden die Gespräche statt, die sich dann nach der Einnahme Göttingens durch US-Truppen am 8. April 1945 intensivierten. Freilich, Versammlungen waren noch nicht möglich, das widersprach den Vorstellungen der US-Militärregierung, die bei der Zulassung von demokratischen Parteien zögerte. Diese Linie setzte auch die Britische Militärregierung fort, die ab dem 1. Juni den Amerikanern folgte.

Während in der Sowjetischen Besatzungszone die Gründung zunächst der KPD und dann der SPD schon im Mai 1945 erlaubt wird, bald gefolgt von weiteren Parteigründungen, zögerten die Westalliierten mit der Zulassung von demokratischen Parteien. Sie wollten so wenig wie möglich Anknüpfung an die Weimarer Parteien, sie fürchteten die Unterwanderung der Neugründungen durch ehemalige Nazis, sie wollten Gründungen an der Basis und blockierten Versuche zu zentraler Organisation und anfangs wollten sie auch die Mitsprache deutscher Organisationen nicht. Die Versuche von Sozialdemokraten in der Stadt Göttingen, in Grone und in Weende, ihre Partei wieder zu gründen, ziehen sich vom Sommer 1945 bis zum Dezember 1945 hin, erst dann genehmigt die Militärregierung die Bildung der Ortvereine. Zuvor

hatte Kurt Schumacher, aus Hannover angereist, aus dem sich entwickelnden Koordinationsbüro für die Wiedergründung der SPD in den Westzonen, den Göttingern Rückenstärkung gegeben.

Man kann sich die Wiedergründung der SPD nach den zwölf Jahren des Verbots und der Verfolgung nicht schwierig genug vorstellen: Zunächst bestand noch Ausgangssperre, sodass Abendveranstaltungen ausschieden, erst 1946 verschwanden die Ausgangssperren, doch die abendliche Dunkelheit erhielt bis 1948 ihre besondere Note durch regelmäßige Stromsperrern. Es gab erst 1946 ein Parteibüro. Da das alte Parteihaus teilzerstört und dann neben der Redaktion der SPD-eigenen *Göttinger Presse* mit Flüchtlingen belegt war, wurde ein Ladenlokal in der Weender Straße zum Provisorium für zwölf Jahre. Erst 1958 konnte man in den Maschmühlenweg umziehen. Gravierend war der Papiermangel, nur die Militärregierung konnte Sonderlieferungen bewilligen. Jedes Rundschreiben, jeder Aufruf, jedes Flugblatt musste von ihr genehmigt werden. Schreibmaschinen ließen sich beschaffen. Ein Telefon war zunächst nicht wichtig, denn die Zahl der Telefonbesitzer lag in Göttingen unter einem Prozent. Da Göttingen mit Northeim, Hann. Münden und Einbeck das Zentrum des Wiederaufbaus der SPD im Süden der Provinz Hannover des noch existierenden Landes Preußen war, benötigte man dringend einen PKW, um die früheren Mitglieder aufsuchen zu können. Der SPD-Unterbezirk umfasste damals die Stadt Göttingen sowie die Landkreise Göttingen, Duderstadt, Münden, Northeim und Einbeck – alle in den Grenzen vor der Kreisreform von 1973, erst 1952 wurde der Unterbezirk zur heutigen Größe verkleinert. Die vorhandenen Entfernungen wurden in der Anfangszeit mit dem Fahrrad und sobald sie wieder fuhr, mit der Bahn bewältigt, bis schließlich ein PKW zugeteilt wurde. Die Dauer dieser Mangelsituation belegt ein Beschluss des noch Ernannten Landtages von 1947, der nach Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes an die Militärregierung appelliert, mit der Zuteilung von Pkws und Benzin den Landtagswahlkampf zu ermöglichen.

Trotz allem vollzog sich der Parteaufbau rasch, nicht nur bei der SPD. Die in Göttingen vorhandenen Liberalen fanden sich um Hermann Föge zusammen, der – wie vor 1933 – zur zentralen Figur des liberalen Lagers wurde. Parallel zur SPD-Wiedergründung organisierte er eine Liberal-Demokratische Partei, die dann in der sich in den Westzonen zusammen findenden Freien Demokratischen Partei aufgeht. Ebenso schnell gründeten die wenigen Göttinger Kommunisten die KPD wieder. Schwieriger verlief der Gründungsprozess bei der CDU, denn im protestantisch geprägten Göttingen fanden die ehemaligen Zentrumsleute nur wenige protestantische Mitstreiter für die überkonfessionell angelegte Christlich-Demokratische Union. So startete die CDU in Göttingen als Neugründung mit deutlich katholischer Prägung.

Die Gründung von Parteien, die als Nachfolger der NSDAP angesehen werden konnten, unterband die Militärregierung – ebenso die Gründung einer Flüchtlingspartei.

Soweit die lokale Geschichtsforschung dieses bisher aufgearbeitet hat, gehörten mehr als 50 Prozent der Mitglieder in den Wieder- und Neugründungen schon vor 1933 der wieder gegründeten oder einer vergleichbaren Partei an. Freilich hatten nationalsozialistische Verfolgung, der Krieg und die Vertreibung diese Mitgliedschaft kräftig durcheinander gewirbelt.

Felix Kraft, der wichtigste Göttinger SPD-Funktionär im ersten Nachkriegsjahrzehnt, war vor den Naziverfolgungen 1939 aus Suhl in Thüringen nach Göttingen ausgewichen. Ratsmitglieder der ersten Stunde, Dr. Elinor Hubert und Karl Leifer, kamen aus Schlesien. 1949 wurde Elinor Hubert die erste Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Einbeck-Holzminden, den sie bis 1969 im Bundestag vertrat.

Hier trafen in unserer Partei sehr unterschiedliche Traditionen, Stile und Erfahrungen aufeinander. Wer vor 1933 im Rat der Stadt Breslau gesessen hatte, wunderte sich über manches, was er in der neu versammelten Göttinger SPD oder im Rat erlebte.

An dieser Stelle muss ich eine Göttinger Besonderheit erklären, die die politische Arbeit der Göttinger SPD bis Ende der Sechziger Jahre positiv und negativ geprägt hat. Ohne diese Besonderheit wäre Artur Levi, den wir mit der heutigen Veranstaltung ehren wollen, nie nach Göttingen gekommen. Die Göttinger Besonderheit ist der Internationale Sozialistische Kampfbund, kurz ISK genannt.

In Göttingen lehrte seit 1909 der Philosoph Leonard Nelson – ein Straßename erinnert noch an ihn. Nelson war kein Philosophieprofessor klassischer Art, sondern er verstand sich als politischer Lehrer. Er hatte die ethischen Postulate Immanuel Kants und eines Nachfolgers, Jakob Friedrich Fries, zu einem politischen Programm entwickelt, das als Ziel allen politischen Handelns die Herrschaft des Rechts und der Vernunft festlegte. Die Herrschaft des Rechts werde aber nicht erreicht, wenn man auf die Gesetzlichkeit der Natur oder der Geschichte vertraue, sondern dieser Zustand werde nur erreicht, wenn die Menschen in eigener Verantwortung nach ethischen Postulaten handelten. Oder wie es sein Schüler Willi Eichler, der einmal 2. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Göttingen war, ausdrückte: *„Um etwas zu erreichen, muss man sich etwas vornehmen, von dem man glaubt, dass es unmöglich sei.“*

Da das Recht die Beziehungen zwischen Staaten regeln sollte, war Nelson Pazifist und befand sich deswegen im deutlichen Gegensatz zur Kriegspolitik des Kaiserreichs. Seine Vorlesung über den *Staatenbund*, die er in Anlehnung an Kants Ideen *Zum ewigen Frieden* während des Ersten Weltkriegs hielt, wurde deshalb polizeilich überwacht. Nelsons Zulauf vergrößerte sich im Ersten Weltkrieg angesichts der furchtbaren Schlachten an der Westfront, sodass er sich 1917 entschloss, seine Anhängerschaft in einer Organisation zu binden, die den Namen Internationaler Jugendbund (IJB) erhielt.

Nach der Novemberrevolution 1918 fand der IJB schnell eine Anhängerschaft in der sozialdemokratischen und kommunistischen Jugendorganisation, sodass er über die Studenten Nelsons hinaus wuchs. Durch seine strenge kadermäßige Organisation vermochte er seine Anhänger auf ein striktes Befolgen der politischen Ziele des IJB festzulegen. Wer Mitglied des IJB werden wollte, musste aus der Kirche austreten, sich zum ethischen Vegetarismus bekennen und den Alkoholgenuss aufgeben. Und er musste eine große Zahl von Schulungskursen durchlaufen, die ihm das politisch-philosophische Denken Nelsons näher brachten. Dafür hatte Nelson mit seinen pädagogisch geschulten Mitarbeitern ein eigenes pädagogisches System entwickelt, das auf der Methode des Sokratischen Gesprächs beruhte, mit der das wahre Interesse –

Voraussetzung für vernunftgemäßes Handeln – erkannt werden sollte. Selbstverständlich war, dass von den IJB-Mitgliedern ein umfassendes politisches Engagement in den sozialistischen Organisationen erwartet wurde. Später kamen dann im ISK noch zölibatäre Formen hinzu, da von den ISK-Mitgliedern ein von familiären Bindungen freies Engagement für die politische Umgestaltung erwartet wurde.

Der wachsende Einfluss der ISK-Mitglieder innerhalb der SPD, nicht nur in Göttingen, wo sie faktisch die Führung der SPD übernahmen, mobilisierte den SPD-Parteivorstand, der nach einer langen Auseinandersetzung 1925 die Unvereinbarkeit von IJB-Mitgliedschaft und SPD-Mitgliedschaft erklärte. Der Parteivorstand begründete seinen Beschluss mit der Fraktionsarbeit des IJB und mit der antidemokratischen Haltung des IJB. Denn wer das wahre Interesse gefunden hat, lehnt es ab, dieses Ergebnis einer demokratischen Entscheidung zu unterwerfen. Ein Widerspruch, den Nelson nicht auflösen konnte, der nach seinem Tod 1927 die Distanz seiner Anhänger zur SPD nicht kleiner werden ließ.

Die Umsetzung des Parteivorstand-Beschlusses war an vielen Orten nicht leicht, doch setzte sich der Parteivorstand durch. Leonard Nelson beantwortete schon im Dezember 1925 den Ausschluss mit der Gründung des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), dem sich in Göttingen viele Mitglieder anschlossen, die vorher der SPD angehört hatten, mit denen man weiterhin in den Gewerkschaften und anderen sozialistischen Organisationen, wie dem Freidenkerverband, zusammen arbeitete, zu denen es aber deutliche Differenzen in grundsätzlichen und in aktuellen Fragen gab. Kurz: man schätzte sich nicht besonders. Während der NS-Zeit hatten sich die Differenzen zwar vermindert, doch die Distanz war 1945 noch groß. Deutlich geringer war sie zwischen der SPD und dem ISK im britischen Exil geworden, so dass die Auslandsleitungen in London 1945 vereinbarten, dass ISK-Mitglieder in die SPD eintreten sollten. Die ISK-Auslandsleitung in London erklärte ausdrücklich, dass sie den ISK nicht wiederbeleben würde und empfahl den Beitritt zur SPD. Diese Empfehlung wurde weitgehend befolgt und von der entstehenden Parteileitung der SPD in Hannover unterstützt. Kurt Schumacher rechnete mit den gut ausgebildeten ehemaligen ISK-Mitgliedern und ebnete ihnen den Weg in die SPD. Viele von ihnen haben der SPD später in herausragenden Ämtern gedient: in Niedersachsen ist der bedeutendste ehemalige ISK-Funktionär der frühere Ministerpräsident Alfred Kubel.

Schwierigkeiten mit der Londoner Aufforderung und dem Willkommensgruß Schumachers gab es aber in Göttingen. ISK-Mitglieder um den Göttinger Gründer der Allgemeinen Gewerkschaft, Fritz Schmalz, steuerten auf eine Partei der Arbeitereinheit unter Einschluss der KPD zu und ein Teil hing dem Gedanken der Wiedergründung des ISK als einer Erziehungsgemeinschaft an. Deutlich für den Beitritt zur SPD war jedoch Heinrich Düker, der aus dem Konzentrationslager nach Göttingen zurückgekehrt war und sich auf eine erneute Tätigkeit an der Universität vorbereitete.

Erst im April 1946 trat der überwiegende Teil der ISK-Mitglieder in Göttingen der SPD bei. Der Beitritt war vollzogen, doch die Spannungen blieben und sie beeinflussten das Göttinger Parteileben bis in die Sechziger Jahre. Die alten Differenzen lebten verdeckt weiter und brachen an neuen Themen immer

wieder auf. Hier trafen zwei unterschiedliche politische Kulturen aufeinander, was sich darin ausdrückte, dass sich der Alltagspragmatismus der alten SPD mit dem ethischen Rigorismus der ISK-Leute rieb und es gab auch eine soziale Differenz. Unter den ISK-Leuten hatten einige Hochschulausbildung, die damals bei SPD-Mitgliedern nicht sehr häufig zu finden war, und die langjährige politisch-philosophische Schulung der ISK-Leute verschaffte ihnen in Diskussionen eine Überlegenheit, die die historischen Sozialdemokraten als Rechthaberei und Überheblichkeit auslegten. Außerdem wussten die ISK-Leute perfekt Einflusspositionen zu besetzen. Fritz Schmalz, der Göttinger Gewerkschaftsgründer, der bis 1964 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Göttingen blieb, zog viele ISK-Freunde in die hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit nach, sodass für fast ein Jahrzehnt die Hälfte aller Gewerkschaftssekretäre in Göttingen aus dem ISK stammte. Fritz Schmalz' Politik holte 1946 auch einen jungen Mann nach Göttingen, der erst im britischen Exil mit dem ISK in Kontakt gekommen war und dort dessen Regeln akzeptiert hatte. Diesen jungen Mann bewog die ISK-Auslandsleitung im Sommer 1946 nach Göttingen zu gehen und dort Gewerkschaftssekretär in der neuen demokratischen Jugendorganisation zu werden. Im Oktober 1946 traf der junge Mann in Deutschland ein und begann seine Arbeit in Göttingen: Der junge Mann war Artur Levi, der Göttingen nur aus den Erzählungen seiner ISK-Freunde kannte, der von da an der Politik in Göttingen sein Leben widmen sollte und allen Abwerbungsangeboten widerstand.

Im Zeitraum 1945/46 bildete sich ein sozialdemokratisches Triumvirat heraus, das die wichtigsten Funktionen in der SPD und den Gewerkschaften inne hatte, aber ganz und gar nicht wie ein Triumvirat funktionierte. Das ist der Gewerkschaftsfunktionär Fritz Schmalz, ohne Zweifel ein beeindruckender Vertreter von Arbeitnehmerinteressen, aber von tiefen Zweifeln am Kurs der SPD erfüllt. Das ist in Göttingen der aktivste Wiedergründer Felix Kraft, der von 1945 bis zu einer schweren Erkrankung 1961 Unterbezirkssekretär war, und von 1946 bis 1961 die starke Figur der SPD im Göttinger Rat: zunächst als Fraktionsvorsitzender und von 1949 an als 1. stellvertretender Bürgermeister. Und Ernst Fahlbusch gehört dazu. Bürgermeister von Weende, bis 1961 Landrat des alten Landkreises Göttingen, und von 1946 – erst ernannt – dann gewählt bis 1963 Mitglied des Niedersächsischen Landtages, schließlich Vorsitzender des SPD-Unterbezirks bis 1964.

Wenn diese drei Männer nicht zu einer gemeinsamen Position fanden, lähmte dieses die gesamte politische Arbeit der SPD in der Region, was sich bei personalpolitischen Entscheidungen zeigte und wichtige Entscheidungen im Verhältnis Stadt und Umland blockierte.

Nachdem die Phase des Ernannten Rates mit der ersten Kommunalwahl im Oktober 1946 zu Ende gegangen war, fielen der SPD-Ratsfraktion bald wichtige Entscheidungen zu. Sie hatte überraschend die absolute Mehrheit gewonnen und musste neben dem Vorschlag für einen neuen Oberbürgermeister sich auch Gedanken über einen neuen Oberstadtdirektor machen. Die Militärregierung hatte inzwischen die duale Gemeindeverfassung eingeführt, die den Oberbürgermeister als Stadtrepräsentanten vorsah und den Oberstadtdirektor als Verwaltungschef. Während mit dem Vorschlag Heinrich Düker das Oberbürgermeisteramt rasch besetzt werden konnte, später folgte ihm Franz Arnholdt nach, gestaltete sich die Suche nach einem der SPD

angehörigen Oberstadtdirektor schwieriger. Klar war, dass für die SPD ein Oberstadtdirektor Erich Schmidt ausschied, dazu hatte sie dessen Arbeit als zu einseitig gegen die SPD gerichtet empfunden und sie sah in ihm nicht den dynamischen Verwaltungschef, den sie sich angesichts der drückenden Stadtprobleme wünschte. Außerdem sprach sein Alter gegen ihn, denn er erreichte die Pensionsgrenze 1947. Obwohl angesichts der absoluten Ratsmehrheit der SPD die Absicht eines eigenen Kandidaten nicht wirklich überraschend war, stieß sie auf erbitterten Widerstand der FDP, die für den bisherigen Amtsinhaber Schmidt als Oberstadtdirektor kämpfte. Mit ihrer absoluten Mehrheit wählte die SPD Hans-Otto Glahn, der als Sozialdemokrat schon 1932 von der preußischen Papen-Regierung als Landrat entlassen worden war, die Zeit des Nationalsozialismus recht und schlecht überstanden hatte und 1945 von den Briten als Landrat im Ammerland eingesetzt wurde.

Hans-Otto Glahn trat am 22.12.1947 sein Amt an und am 29. Januar 1949 wurde er nach 14 Monaten von der Amtsführung entbunden. Dazwischen lag eine Wahlniederlage der SPD und ein Wahlsieg der FDP bei der Ratswahl am 28. November 1948. Die neue Ratsmehrheit aus FDP, CDU und der rechtsradikalen DRP betrieb die Ablösung Glahns, der mit Beginn seiner Tätigkeit auf heftigen Widerstand in der Stadtverwaltung stieß, die noch stark von ehemaligen Nazis durchsetzt war, gegen die sein Vorgänger Schmidt wenig unternommen hatte. Im Rat wurde Glahn erbittert von der FDP, namentlich von Hermann Föge bekämpft. Selbst wenn man unterstellt, dass Glahn nicht der Inbegriff des tüchtigen Verwaltungschefs war, so überrascht der böartige Ton der Angriffe auf ihn, die immer wieder jedes Maß vermissen ließen.

An dieser Stelle möchte ich eine fehlerhafte Darstellung in dem Beitrag Trittels in der Stadtgeschichte „*Von der preußischen Mittelstadt zur südniedersächsischen Großstadt 1866 – 1989*“ korrigieren, der behauptet, die Ratsmehrheit habe Glahn ohne großen Widerstand der SPD in den Ruhestand versetzen können. Das ist unzutreffend. Als in der Ratssitzung am 4. April 1949 der neue Oberbürgermeister Hermann Föge den Antrag der Ratsmehrheit vorträgt, der die Zwangspensionierung von Glahn vorsieht, erklärte der Vorsitzende der SPD-Fraktion Felix Kraft, dass sich die SPD-Fraktion an diesem Verfahren nicht beteiligen werde. Sie sei nicht von der behaupteten Ungeeignetheit Glahns für das Amt des Oberstadtdirektors überzeugt und sie erwarte, dass Glahn sich zu den Vorwürfen im neu gewählten Rat äußern könne. Da Föge trotz dieses Einwandes den Antrag verlas, verließ die gesamte SPD-Fraktion die Ratssitzung. Laut Ratsprotokoll wies Föge die SPD-Fraktion auf die „*etwaigen finanziellen Folgen ihres Hinausgehens*“ hin und drohte ihr damit, dass sie die „*evtl. die finanziellen Folgen zu tragen hätte.*“ Dem Antrag auf Zwangspensionierung stimmte die verbliebene Mehrheit aus FDP, CDU und der rechtsradikalen DRP dann zu. Bei den weiteren Ratsbeschlüssen in der Sache *Glahn* blieb die SPD bei ihrer Ablehnung. Sie stimmte auch gegen die Übertragung der Dienstgeschäfte des Oberstadtdirektors an den schon pensionierten Erich Schmidt.

Wie Recht die SPD-Fraktion mit ihrer Haltung hatte, bestätigte Jahre später das Ergebnis der Gerichtsverhandlungen. Das Disziplinarverfahren endete wie das Hornberger Schießen und im Verfahren über die Zwangspensionierung hob 1952 das Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg die Ratsentscheidung auf und

zwang die Stadt zu einem Vergleich mit Glahn, der sie zur Nachzahlung der nicht gezahlten Bezüge und zur lebenslangen Pensionszahlung verpflichtete. Das Urteil war ein Sieg des wieder errichteten Rechtsstaates und eine deutliche Zurückweisung der Politik der Ratsmehrheit. Die finanziellen Folgen, die der SPD-Fraktion wegen ihrer Ablehnung der *Glahn*-Beschlüsse angedroht worden waren, trug die Ratsmehrheit natürlich nicht, diese blieben bei der Stadtkasse hängen. Da Glahn noch viele Jahre lebte, summierten sich die Zahlungen an ihn bis an sein Lebensende auf einen Millionenbetrag.

Hatte der Streit über Glahn das Verhältnis zwischen Ratsmehrheit und SPD schon schwer belastet, so sollte seine Fortsetzung die Zusammenarbeit im Rat für Jahre vollends zerstören. Göttingen besaß im April 1949 einen zwangspensionierten Oberstadtdirektor und einen ebenfalls pensionierten Oberbürgermeister/Oberstadtdirektor, der die Dienstgeschäfte des Oberstadtdirektors führte. Die Auswahl eines neuen Oberstadtdirektors zog sich trotzdem bis Dezember 1951 hin. Es würde zu weit führen, diese Einzelheiten vorzutragen, zusammengefasst kann man das Vorgehen der Ratsmehrheit als kalkulierten Ausschluss der SPD-Fraktion von der Entscheidungsvorbereitung bezeichnen, wozu auch gehörte, dass sozialdemokratische Bewerber von vornherein ausgesondert wurden. Unter ihnen war Werner Bockelmann, der später ein sehr erfolgreicher Oberbürgermeister in Frankfurt wurde.

Am 7. Dezember 1951 stellte sich Dr. Wilhelm Sievers als Kandidat der Ratsmehrheit zur Abstimmung und unterlag mit 17 gegen 20 Stimmen. Dass es zu diesem Votum kam, verdankt die Stadt den mutigen Veröffentlichungen der *Göttinger Presse* und dem Auseinanderfallen der Ratsmehrheit nach diesen Offenbarungen. Heute würde der verantwortliche Journalist für seine Recherchen den *Wächterpreis der Tagespresse* erhalten und das *Göttinger Tageblatt*, das kräftig dagegen hielt, eine Rüge des Presserats.

Die *Göttinger Presse* veröffentlichte nämlich die NSDAP-Karriere von Sievers, der nicht nur ein Mitläufer gewesen war, sondern NSDAP-Mitglied seit 1925, Träger des *Goldenen Parteiabzeichens*, nach 1933 Oberbürgermeister von Flensburg, später bis 1945 von Brandenburg. In Artikeln der NS-Presse wird er 1933 als harter Säuberer zitiert, der in den Verwaltungen mit dem „*Schrubber Reinemachen wird*“, der ein Beamtentum erziehen will, das im Sinne der „*alten deutschen Wehrmacht schlagkräftig eingesetzt werden kann*“. Sievers hatte auch Differenzen mit der NSDAP-Gauleitung gehabt, was ihm eine einjährige Amtsenthebung eintrug, aber auch eine Amnestie von Adolf Hitler. Nach 1945 wurde er 13 Monaten Haft verurteilt. 1951 saß er für die CDU im Kieler Rat.

Nachdem dieses in der *Göttinger Presse* stand, half die Verteidigung von Sievers im *Göttinger Tageblatt* nicht mehr. Ich würde Ihnen gern den gesamten GT-Artikel vorlesen, der am Abstimmungstag erschien, denn sie würden ihn sicher als genauso ungeheuerlich empfinden, wie ich ihn bei der ersten Lektüre empfunden habe. Einen zentralen Satz möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Das GT stellte die rhetorische Frage „*Aber wo gibt es denn heute Kommunalbeamte in mittlerem Alter mit langjährigen Erfahrungen, die nicht der Nazi-Partei angehörten?*“ Sie gab es schon, nur die Ratsmehrheit wollte sie nicht sehen.

Das Bekanntwerden der Sievers-Karriere führte dazu, dass neben der geschlossenen SPD-Fraktion, der Kommunist Fraatz, drei FDP-Vertreter und der überwiegende Teil der CDU-Fraktion gegen Sievers stimmten

Nun war guter Rat teuer. Eine von der Ratsmehrheit gewünschte Verlängerung der Tätigkeit von Schmidt lehnte die Bezirksregierung ab, sodass nach weiteren Auseinandersetzungen auf Vorschlag der SPD Helmut Kuß zum Oberstadtdirektor gewählt wurde.

Der parteilose Helmut Kuß war seit Kriegsende in der Stadtverwaltung zunächst als Stadtsyndikus tätig gewesen, zur Zeit seiner Wahl war er Stadtdirektor. Kuß hatte schon vorher deutlich gemacht, dass er den Geist der Restauration und Illiberalität, der in der Göttinger Stadtpolitik herrschte, ablehnte, von der Ratsmehrheit sprach er in Anlehnung an den Zusammenschluss der nationalen Rechten in der Endphase der Weimarer Republik, als *Harzburger Front*. Da er die Sympathien der SPD-Fraktion für die Nachfolge von Glahn hatte, schied er für die Ratsmehrheit zunächst als Oberstadtdirektor aus. Erst die Sievers-Affäre ebnete ihm den Weg. Kuß trat bei seiner Amtsübernahme 1953 ein schweres Erbe an: Fast vier Jahre hatte es eine schwankende, wechselnde Verwaltungsleitung der Stadt gegeben. Es war wenig entschieden worden und viel liegen geblieben. Im Rat verfügte Kuß nur über mangelhafte Unterstützung. Die FDP vergaß ihre Niederlage mit Sievers nicht und als Kuß später in die CDU eintrat, war seine Abwahl für das Ende seiner Amtszeit 1958 eingetütet. Helmut Kuß bewältigte eine schwierige Amtszeit und zu Unrecht wird übersehen, dass seine Leistungen für die Stadt unter diesen Bedingungen nicht gering waren. Er hat viel für Toleranz und Liberalität in Göttingen getan, dass er kommunalpolitisch nicht mehr bewegen konnte, war Ergebnis der verquerten Situation im Göttinger Rat.

Ich habe diese Gründungskonflikte einer demokratischen Kommunalpolitik so ausführlich geschildert, weil sie über ein Jahrzehnt das politische Klima in dieser Stadt vergifteten und zielgerichtetes Handeln verschleppten, behinderten.

Überraschend dabei ist, dass ihr wesentlicher Träger – Hermann Föge – nicht als NS-Sympathisant bezeichnet werden kann, zur Sozialdemokratie konnte er sich offensichtlich nur eine große Distanz vorstellen, was auch für die Landespolitik galt, denn dem Landtag gehörte er seit 1947 ebenfalls an und er führte dort die FDP-Fraktion. Das Verhalten Föges lässt sich nach den ausgewerteten Quellen nicht schlüssig ausdeuten, zumal es an einer Biografie dieses über Göttingen hinaus einflussreichen FDP-Politikers fehlt. Unübersehbar ist, dass er in seinen politischen Handlungen zunehmend durch eine aktivistische Gruppe eingeengt, festgelegt wurde, die als Gruppe ehemaliger Wehrmachtsoffiziere mit deutlicher Bindung an das NS-System an Einfluss in der niedersächsischen FDP gewann, auch in Nordrhein-Westfalen gab es diese Einflussnahme, die einige Historiker als Machtübernahme in der FDP benannten. Diese Rechtswende der niedersächsischen und nordrhein-westfälischen FDP bescherte ihr in den Folgejahren viele Skandale: In Niedersachsen sind die *Schlüter-Affäre* zu nennen, die eng mit Göttingen verbunden ist, denn der rechtsradikale Verleger kam aus Göttingen, und in Göttingen war sogar Ratsherr gewesen, deshalb entstand dort der Widerstand gegen ihn, und schließlich der Hinauswurf der FDP aus der bürgerlichen Koalition unter Hellwege 1957, weil sie eine Fraktionsgemeinschaft mit der

rechtsradikalen Fraktion der DRP bildete. Auch hier gab es eine Verbindung nach Göttingen denn der wichtigste Abgeordnete der DRP-Fraktion, Adolf von Thadden, war Göttinger Ratsherr von 1952 bis 1961 und in sämtliche Manöver der Ratsmehrheit eingebunden.

Man könnte glauben, dass der Skandal der Oberstadtdirektorenwahl bei der Ratswahl 1952 die Ratsmehrheit erschüttert hätte, dem war aber nicht so. Die FDP fand ihre Mehrheit bestätigt, die CDU verlor zwei Sitze, die rechtsradikale DRP erzielte vier Sitze, darunter von Thadden und der ehemalige NS-Oberbürgermeister Gnade, außerdem gab es nun eine sehr weit rechts stehende BHE-Fraktion aus vier Ratsherren. Die SPD verlor einen Sitz.

Die FDP hatte wohl alles richtig gemacht und ihr Selbstwertgefühl wuchs noch, nachdem ihr Kandidat Walter Drechsel 1953 das Bundestagsmandat der SPD abnahm.

Der Einbruch bei den Liberalen erfolgte erst zur Mitte der Fünfziger Jahre. Was die Skandale nicht bewirkt hatten, bewirkten nun die Ergebnisse ihrer Stadtpolitik.

Göttingen hatte den Bombenkrieg gut überstanden, litt aber seit Kriegsende unter erheblichen Mängeln seiner Infrastruktur, die auf 40.000 Einwohner ausgelegt war, nicht jedoch auf 80.000. Die Wohnungsnot war katastrophal und die Schulraumnot drückend, um nur zwei Beispiele zu nennen. Wer sich die Statistiken dieser Jahre ansieht, erkennt schnell die Versäumnisse. Es fehlte an einer zupackenden Spitze der Stadtverwaltung, es gab Versäumnisse bei der Nutzung von Bundes- und Landesmitteln und es fehlte an innovativem Denken. Nur ein Beispiel mag dieses verdeutlichen: Da es an starken Trägern des sozialen Wohnungsbaus fehlte, gründete der Landkreis schon 1948 auf Vorschlag von Ernst Fahlbusch die *Volksheimstätte*, die schnell Erfolge beim Abbau der Wohnungsnot hatte. In der Stadt dauerte es bis 1960, bis mit der *Städtischen Wohnungsbaugesellschaft* ein schlagkräftiges Instrument der Wohnungsbaupolitik entstand. Die Wohnungsbaugesellschaft beseitigte dann in gut zehn Jahren den Wohnungsmangel, leider um Jahre verzögert.

Es war wohl die Summe dieser politischen Erfahrungen, die Mitte der Fünfziger Jahre das Ende der FDP-Dominanz in Göttingen einleitete, und eine jetzt fünfzig Jahre andauernde Hegemonie der SPD beginnen ließ. Nur selten unterbrochen durch Wahlsiege ihrer späteren Dauerkonkurrentin CDU.

1955 bei der Landtagswahl unterlag der Wahlkreisinhaber Hermann Föge dem SPD-Kandidaten Peter von Oertzen und die FDP vermochte danach den Wahlkreis nicht zurück zu gewinnen. 1956 wird die SPD deutlich stärkste Fraktion im Rat. Artur Levi zog erstmals in den Rat ein und wird sofort Fraktionsvorsitzender. Und 1957 verliert Walter Drechsel das Direktmandat im Bundestag. Der SPD-Kandidat wird nur knapp von einem Gemeinschaftskandidaten von CDU und DP geschlagen.

Diese Wahlserie deutet die Verschiebungen im politischen Sediment der Stadt an: Die SPD rückte bei den zentralen Ämtern und Mandaten an die erste Stelle, zu Lasten der FDP, die diese verliert und die CDU überholte langsam die FDP. Rechtsradikale und die Flüchtlingspartei BHE verschwanden bis Anfang der

Sechziger. Zwar gab es bis 1966 noch einen FDP-Oberbürgermeister und von 1958 bis 1968 einen FDP-Oberstadtdirektor, mit Erich Biederbeck, doch die Stadtpolitik wandelte sich. Der Historiker Trittel hat diese neue Phase als Göttingens „*Aufbruch in die Moderne*“ bezeichnet. Wesentlich trug dazu Erich Biederbeck bei, der sich dabei stets auf die Unterstützung der SPD verlassen konnte, sie war die entscheidende Mehrheitsbeschafferin im Rat geworden.

In diesem Zeitraum wandelte sich auch die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landesregierung. Von 1947 an waren diese SPD-geführt, nur von 1955 bis 1959 gab es mit Heinrich Hellwege einen Nicht-Sozialdemokraten als Ministerpräsidenten, doch dessen Regierung gehörte die SPD ab 1957 ebenfalls an, nachdem er die FDP aus der bürgerlichen Koalition hinaus geworfen hatte. Es bedarf keiner langen Erklärung, wenn man das Verhältnis des Göttinger Landtagsabgeordneten Hermann Föge zur SPD-Landesregierung, zu der er in strikter Opposition stand, als nachhaltig gestört bezeichnet. Die Göttinger SPD hatte in zwei Anläufen versucht, das Direktmandat Föge abzunehmen, war aber gescheitert, selbst Kultusminister Adolf Grimme, den sie 1947 ins Rennen schickte, hatte Föge nicht besiegen können. Nun eröffnete sich mit Peter von Oertzen und seiner Nachfolgerin Ehrengard Schramm die Chance für eine Kurskorrektur im Stadt-Land-Verhältnis.

Entscheidend für die weitere Entwicklung Göttingens wurde jedoch der Wechsel im Wahlkreis Göttingen-Land 1963 von Ernst Fahlbusch auf Klaus Peter Bruns. Ernst Fahlbuschs Verdienste um die SPD in dieser Region um seinen Heimatort Weende sind wiederholt gewürdigt worden, ich selbst habe dieses beim 75-jährigen Jubiläum der Weender SPD getan. Den Verdiensten Ernst Fahlbuschs tut es keinen Abbruch, wenn man von ihm sagt, dass er die Göttinger Stadtpolitik verständnislos betrachtete und die Göttinger SPD mit Distanz behandelte. In einer zentralen Frage lehnte er Göttinger Forderungen mit großer Härte ab: bei den Forderungen nach Eingemeindungen. Auch der Letzte von der Göttinger SPD 1958 getragene Vorstoß war von ihm abgelehnt worden. Da seine Haltung auch die Haltung der SPD-Landesregierung beeinflusste, herrschte in dieser Frage bis 1963 Funkstille.

Wie oft in der Stadtpolitik leiteten Überlegungen der Universität Korrekturen ein. Ende der Fünfziger Jahre begannen Planungen zum umfassenden Ausbau der Universität, die damit auf erheblich gestiegene Studentenzahlen und neue Anforderungen antworten wollte. Der als Müller-Bojunga-Plan Schritt für Schritt realisierte Ausbau sah eine Nord-Süd-Lösung vor: Im Norden die Geisteswissenschaften, die Landwirtschaft und die Medizin, im Süden die Naturwissenschaften. So wurde zunächst begonnen, bis den Planern auffiel, dass dieser geteilte Ausbau einen permanenten Verkehrsstrom durch die Stadt auslösen würde. Kurz nach der Landtagswahl 1963 korrigierte man die Planung zur ausschließlichen Nord-Lösung, wie sie dann in den folgenden Jahrzehnten auch gebaut wurde. Während die Nord-Süd-Lösung im vorhandenen Stadtgebiet hätte verwirklicht werden können, war dieses bei der Nord-Lösung nicht möglich, sie stieß deutlich auf Weender Gemeindegebiet vor. Für die Planung und Realisierung dieses Vorhabens musste deshalb mindestens eine Lösung der Gebietsfragen zwischen Göttingen und Weende erreicht werden. Da die Sonderlösung der alleinigen Eingemeindung Weendes ausschied, stand plötzlich die Eingemeindung von Geismar, Grone und Weende auf der

Tagesordnung, auf die Nikolausbergs kluger Bürgermeister Ewald Schubert auch Nikolausberg setzte. Die diskutierten und schließlich gefundenen Lösungen will ich hier nicht vortragen, sondern mich auf die politische Auseinandersetzung beschränken. Es gab zunächst einen Riesenkrach, in dem der Rat einmütig die Eingemeindungen unterstützte; Grone und Weende vehement dagegen waren, Geismar abwartete und Nikolausberg auf jeden Fall bei Eingemeindungen dabei sein wollte. Da die Landesregierung das geplante *Göttingen-Gesetz* mit möglichst breiter Zustimmung in den betroffenen kommunalen Einheiten durchsetzen wollte, kam dem Landkreis Göttingen eine Schlüsselstellung zu. Der gefundene Kompromiss ging wesentlich auf Vorschläge der Sozialdemokraten Hans Kellner, dem damaligen Oberkreisdirektor, dem Landrat und neuen Landtagsabgeordneten Klaus Peter Bruns und bei der Zustimmung der SPD-Kreistagsfraktion auf den Fraktionsvorsitzenden Karl-Fritz Heise zurück. Das Werben für Zustimmung war nicht ohne Risiko, denn die Befürchtungen des Verlustes an Einfluss und an finanzieller Kraft waren stark außerhalb Göttingens. In Grone wurde sogar eine von der SPD getragene Anti-Göttingen-Bewegung erzeugt, die in einer illegalen Abstimmung 80,1 Prozent der Groner Bürger hinter sich brachte.

Eine bedeutende Leistung zugunsten Göttingens haben damals Hans Kellner und Klaus Peter Bruns bewirkt. Dass die Stadt bis zum heutigen Tage eine Ehrung dafür versäumt hat, darf bei dieser Betrachtung der Stadtgeschichte nicht verschwiegen werden.

Der schon zitierte Stadthistoriker Trittel bezeichnet die Eingemeindungen von 1964 als das zentrale Ereignis der Stadtgeschichte nach 1945. Dem würde ich zustimmen. Hinzufügen würde ich noch: Sozialdemokraten haben dieses Gesetz entworfen und durchgesetzt.

Die Nachkriegszeit ist vorbei, hieß das publizistische Urteil über das Jahr 1969. In der Bundesrepublik gab es den ersten Regierungswechsel nach einer Bundestagswahl, vorausgegangen war dem Wechsel eine breite gesellschaftliche Strömung für Reformen, die das Jahr 68 als Chiffre bezeichnet. Wenn wir den Neubeginn 1946/47 und den Zeitraum bis 1968/69 betrachten, dann war viel geschehen in Göttingen. Die Dominanz liberaler Parteien, die schon im Kaiserreich begonnen hatte, die für zwölf Jahre von den Nazis ausgeschaltet worden waren, die aber nach 1945 zu alter Stärke zurück gefunden hatten, war nun verschwunden. An ihre Stelle war die SPD getreten, heute seit 40 Jahren in Dauerkonkurrenz mit der CDU. In den zwei Jahrzehnten des Neubeginns war die Stadt größer geworden: nach Einwohnern und nach Fläche, ihre soziales Spektrum hatte sich verbreitert, liberaler und offener, und ihre Infrastruktur war die einer modernen Großstadt geworden.

Der Weg dahin war konfliktreich, wie ich Ihnen heute skizzenhaft vortragen konnte, aber er war bestimmt von der Entschlossenheit vieler Frauen und Männer, die nach den furchtbaren Jahren des Nationalsozialismus, nach Krieg, Gefangenschaft, Flucht und Vertreibung eine freiheitliche Demokratie aufbauen wollten. Einer von ihnen war Artur Levi, den wir mit dieser Veranstaltung ehren.

Klaus Wettig, Göttingen, d. 21.06.2007

